

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1926

17 (12.1.1926) Morgenausgabe

Bezugspreis frei ins Haus halbjährlich 1,50 M. im Verlag oder in den Buchhandlungen abgeholt 1,40 M. Durch die Post monatlich 2,60 M. zuzügl. 75 S. Zustellgeb. Einzelpreise: Vertragsnummer 10 S., Sonntagsnummer 15 S. — Im Fall höherer Gewalt bei der Bezüge keine Ansprüche bei verspäteter oder nicht-erhalten der Zeitung Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. auf den Monatsbeginn angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 11spaltige Nonne, Seite 0,32, ausw. 0,40 Goldm. Stellen-Gebühren Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Restante Seite 1,50, an erster Stelle 2.— Goldm. Bei Wiederholung tariflicher Rabatte, bei der Nichterhaltung des Blattes, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfiskation außer Kraft tritt. Erläuterungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung Verbreitetste Zeitung Badens.

Karlsruhe, Dienstag, den 12. Januar 1926

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Ehlermann: Oberredakteur: Dr. Rastler Schneider, Buchhändler, verantwortlich für die deutsche Politik: W. Köhler; für die deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. Wagnier; für auswärtige Politik: H. Kimmig; für Lokales und Sport: H. Wolberger; für Kommunalpolitik: E. Rinder; für das Feuilleton: Emil Selzer; für Oper und Konzert: Chr. Gerle; für Handelsnachrichten: F. Feld; für die Anzeigen: H. Rindesbacher; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiger. Fernsprecher: 4050 4051 4052 4053 4054. Geschäftsstelle: Jürl. u. Komf. G. G. Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. Beilagen: Volk und Heimat, 1. Internationales Umlauf, Romanblatt, Sportblatt, Frauenzeitung, Wänder und Reisen, Haus u. Garten, Karlsruher Vereins-Zeitung.

Sindenburg setzt eine letzte Frist.

Die Besprechungen mit Koch und Fehrenbach. Der Reichspräsident gegen die Wiederaufnahme der dogmatischen Erörterungen. — Entscheidung am Donnerstag vormittag.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Ueber die heutigen Besprechungen beim Reichspräsidenten wird folgendes amtliche Kom-muniqué ausgegeben: Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittags 5 Uhr die Abgeordneten Reichstagsler a. D. Fehrenbach (Zentrum) und Reichsminister a. D. Koch (Demokrat) zu einer gemeinsamen Besprechung über die Frage der Regierungsbildung. Hierbei legte der Herr Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Entscheidung über die Betrauung einer bestimmten Persönlichkeit mit der Regierungsbildung ausgeht, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern der Versuche des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der Großen Koalition erschöpft haben und erneute Verhandlungen begonnen hätten, in ihren Absichten nicht zu kören und zunächst deren Beschlüsse abzuwarten. Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Besonnenheit eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit der Schaffung der Großen Koalition vorliege. Eine weitere Verzögerung durch Wiederaufnahme von programmatischen Erörterungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, bis spätestens Donnerstag vormittag ihm das Ergebnis der zwischenparteilichen Verhandlungen mitzuteilen. Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch antworteten übereinstimmend, daß sie den Ausführungen des Herrn Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beizutreten und daher alles zur Beschleunigung der Klärung Notwendiges veranlassen würden. Sie stellten die Mitteilung über das Endergebnis der Verhandlungen für spätestens Donnerstag vormittag in Aussicht. In parlamentarischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die Führung des Zentrums und der demokratischen Partei der Sozialdemokratie nunmehr die Frage nach einer klaren Entscheidung vorlegen und daß dann spätestens Donnerstag mittag eine Verantwortlichkeit mit der Neubildung der Regierung betraut wird. Die Aussichten dieses nochmaligen Versuches zur Bildung der Großen Koalition werden auch in den Kreisen des Zentrums und der Demokraten sehr skeptisch beurteilt.

* Berlin, 11. Jan. (Drahtmeldung anderer Berliner Schriftleitung.) Die Sozialdemokraten werden sich also am Dienstagabend nach der Plenarsitzung in ihrer Fraktionsbesprechung über ihre

Stellung zur Großen Koalition einig werden müssen. In Kreisen des Zentrums und der Demokraten ist man im Grunde genommen recht pessimistisch gestimmt, und es wird nicht angenommen, daß die sozialdemokratische Fraktion ihren Dezemberbeschluss, der damals mit großer Mehrheit gefaßt wurde, umstoßen wird. Die Bewegung innerhalb der Sozialdemokraten zu Gunsten eines Eintritts in die Koalition ist an sich recht bedeutend, sie wird vor allem von namhaften Sozialdemokraten geführt, die auch am Dienstagabend kein Mittel unverläßt lassen werden, um die Fraktion zu einer Aenderung ihrer Einstellung zu veranlassen. Unterstützt werden sie noch einmal von der Berliner koalitionsfreundlichen Presse, besonders von der „Germania“, die mit schwersten Geschüßen schießt und die Sozialdemokraten auf die Verantwortung aufmerksam macht, die sie bei Beibehaltung ihres augenblicklichen Standpunktes übernehmen müßten. Für alle aus ihrer Weigerung sich ergebenden Konsequenzen würden sie haftbar gemacht werden müssen. Nach der bisherigen Haltung des Zentrums darf wohl angenommen werden, daß es noch immer daran denkt, von Preußen her auf die Sozialdemokraten einen starken Druck auszuüben.

Am Montag vormittag fand auch bereits eine Besprechung zwischen Demokraten, Zentrumseuten und Sozialdemokraten statt, an der die Abgeordneten Hermann Müller, Wels und Hilsberg von der Sozialdemokratie, Koch, Haas und Erkelenz für die demokratische Partei und die Abgeordneten Fehrenbach und Marx für das Zentrum teilnahmen. In dieser Sitzung haben Zentrum und Demokraten noch einmal die Sozialdemokraten aufgefordert, in die Koalition einzutreten. Die sozialdemokratischen Vertreter verhielten sich jedoch sehr reserviert und lehten Bindungen nach der einen oder anderen Seite ab. Sie wollten erst einmal abwarten, welche Haltung ihre Fraktion einnehmen werde. Infolgedessen verlief die Zusammenkunft ergebnislos.

Am Nachmittag um fünf Uhr erschienen dann die Abgeordneten Koch und Fehrenbach beim Reichspräsidenten, um ihn über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regierungsbildung zu unterrichten. Es ist bekannt, daß der Reichspräsident allmählich die Lust verloren hat, noch weiterhin von den fruchtlosen Verhandlungen der Parteien die Betrauung einer Verantwortlichkeit mit der Regierungsbildung abhängig zu machen. Er hat auch am Montag nachmittag den Herren Koch und Fehrenbach ganz eindeutig auseinandergesetzt, daß er nicht gewillt ist, diesem Treiben noch länger zuzusehen. Am Donnerstag vormittag will er endgültig Antwort haben, um dann von sich aus weitere Schritte unternehmen zu können. Somit hat also Herr v. Hindenburg, nach möchte fast sagen, in ultimativer Form, eine Frist für das Zustandekommen der Großen Koalition gestellt. Lehnen die Sozialdemokraten schon morgen abend ab, dann ist es möglich, doch bereits am Mittwoch, also schon 24 Stunden früher als vorgesehen, bedeutsame Entscheidungen in der Richtung einer Betrauung fallen werden.

Zu den Luftfahrtverhandlungen in Paris.

(Von einem Sachverständigen.)

In der vergangenen Woche haben die am Tage vor Weihnachten unterbrochenen Luftfahrtverhandlungen deutscher Sachverständiger mit der Botschafterkonferenz planmäßig ihre Fortsetzung gefunden. Es ist dabei wohl zu unterscheiden zwischen den Verhandlungen über die reinen Verkehrsfragen und über die technischen Regeln, die dem Deutschen Reich durch das Londoner Ultimatum auferlegt wurden und auf deren Beseitigung es gestützt auf die unabweislichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, seit 1921 unablässig dringt. Allerdings sind diese beiden Verhandlungspunkte nur gemeinsam zu lösen, da Luftverkehr und Vorschriften für den Flugzeugbau durch die besonderen Gesetze der Luftfahrt untrennbar miteinander verbunden sind. Eine Lösung, wie sie z. B. von Frankreich immer wieder vorgeschlagen wird und die darauf hinausgeht, sich erst einmal über die Zusammenarbeit im Luftverkehr zu einigen und die Aufhebung der „Begriffsbestimmungen“ eine cura posterior sein zu lassen, ist oft genug von Deutschland als untragbar bezeichnet worden. Sie muß auch untragbar bleiben, da Deutschland ja strikte an die Einhaltung der technischen Bestimmungen gebunden ist und innerhalb seines Hoheitsgebietes weder deutsche noch ausländische Flugzeuge zulassen darf, die gegen die technischen Regeln verstoßen. Diese Zusammenhänge sind dem Auslande durch die unmöglichen Situationen, die sich aus dem Gewirr der gegen uns erlassenen Vorschriften im letzten Luftverkehrsjahre ergaben, sehr zu seinem eigenen Nachteil demonstriert worden; an einer Aenderung hat also das Ausland ein ebenso großes Interesse wie Deutschland. Noch ein weiterer Punkt dürfte die Suche nach einer zufriedenstellenden Lösung der verwickelten Fragen beschaunigen. Im Februar soll in Genf auf Veranlassung des Völkerbundes eine Abrüstungskonferenz zusammentreten, auf deren Programm auch der Punkt steht: Unterzeichnung ziviler und militärischer Flugzeuge. Es liegt nahe, daß die Beschlüsse der jetzt tagenden Pariser Konferenz, auf der ja der gleiche Punkt die Kartenauffrage bildet, in Genf einfach in Vausch und Bogen übernommen werden, und dann für alle Nationen als Richtlinien gelten. Die französische Flugzeugindustrie dürfte sehr wenig Interesse daran haben, daß ihr die gleichen „Begriffsbestimmungen“ auferlegt werden, wie sie heute noch für Deutschland bestehen. So ist denn auch heute schon in Frankreich das deutliche Bemühen zu beobachten, zwischen der Forderung des französischen Luftverkehrs nach Wiederholung der deutschen Konkurrenz und der Forderung des französischen Zivilluftverkehrsbau nach vollständiger Vorfahrt einen Mittelweg zu finden. Die einzige Möglichkeit dazu bietet ein Verfahren, das die technische Unterscheidung von Zivil- und Militärflugzeugen wegfällt läßt, und das dafür, allerdings nur für Deutschland, als „Garantie“ der französischen militärischen Sicherheit, eine Kontingenzierung des deutschen Flugzeugpersonals in Kraft tritt. Diese Forderung wird jetzt offen in der französischen Presse erhoben. Um eine Begründung dieser ganz neuartigen, in noch schärferem Maße als die bisherigen Bestimmungen gegen den Versailler Vertrag verstoßenden Forderung ist man dabei, in Frankreich und plötzlich auch in England, das offenbar darin eine Ideallösung der Schwierigkeiten sieht, keineswegs verlegen. In überraschender Fülle tauchen in der ausländischen Presse Meldungen von der angeblichen, ungeheuren Pilotenausbildung in Deutschland auf und Zahlen von 2000 bis 3000 deutschen Flugzeugführern, die jährlich zur Ausbildung kommen sollen, sind dabei im Umlauf. Deutschland ist diesen unheimlichen Meldungen durch Veröffentlichung der amtlichen, dem Internationalen Luftfahrtkomitee bekannten Zahlen entgegenzutreten. Aus diesem Zahlenmaterial sei festgestellt, daß innerhalb von fünf Jahren insgesamt 750 Piloten ihre Prüfung abgelegt haben, davon 200 frühere Piloten, die eine Wiederholung der Prüfung für eine Anstellung im Flugdienst benötigten. Diesen Zahlen ist nichts hinzuzufügen, sie sprechen ihre eigene, klare Sprache gegen die in der Welt verbreiteten Tendenzlügen!

Als neuesten Trumpf bringt „Daily Telegraph“ die Nachricht, daß Mitglieder der Reichswehr zum Fliegen ausgebildet würden. Nach dem Versailler Vertrage dürfen Mitglieder der Reichswehr nicht zur Führung von Flugzeugen kommandiert oder dienstlich darin ausgebildet werden. Es ist auch bezeichnend, daß der Versuch gemacht worden, diese Bestimmung abzuändern. Wohl aber hat jeder Deutsche das Recht, jeden zulässigen Sport zu treiben, und ohne eine Aenderung der Verfassung würde es einfach unmöglich sein, Reichswehrangehörige, die sich besonders für den Luftsport interessieren, an einer privaten Befähigung auf diesem Gebiete zu hindern. Es liegt auch durchaus nicht in den Intentionen oder Richtlinien der deutschen Unterhändler, zu einem solchen willkürlichen Eingriff in staatsbürgerliche Rechte ihre Zustimmung zu geben. Das ist tatsächlich der Rechtsstandpunkt, den Deutschland in dieser Frage einnimmt und von jeder mit Kenntnis und ohne Einpruch der Entente eingenommen hat. Wenn jetzt mit einem Male die Verhandlungen dadurch beeinflusst werden sollen, nachdem jahrelang die private flugportliche Betätigung von Reichswehrangehörigen (einzelne davon haben z. B. ganz offiziell an dem der ganzen Welt bekannten „Deutschen Rundflug 1925“ teilgenommen) nicht beanstandet worden ist, dann handelt es sich allerdings nur um eine „Tendenz-meldung“ besonderer Art, die geeignet sein dürfte, Stimmung gegen die berechtigten Deutschen Forderungen zu machen.

Als vor Weihnachten die Verhandlungen unterbrochen wurden, schien die Hoffnung auf eine baldige, glatte Aufhebung der für die zukünftige Entwicklung des deutschen Zivilluftwesens unerträglichen „Begriffsbestimmungen“ und damit auch auf eine völlige Einigung über die Zusammenarbeit im internationalen Luftverkehr vollumfänglich begründet. In der Zwischenzeit haben aber die Hintermänner der Botschafterkonferenz, nämlich die französischen Militär- und Luftverlehrs-treife, anscheinend Boden gutgemacht und die Stimmung gegen uns beeinflusst. Es wäre falsch, daraus nun auf einen unmaßstäblichen Aus-gang oder gar auf die Gefahr des Scheiterns der Verhandlungen schließen zu wollen. Die Interessen aller Nationen sind im Luftver-kehr eng verflochten, die Erfahrungen und Situationen im Jahre 1925 sprechen für eine Klärung nicht gegen, sondern mit uns und schließlich führt sich die deutsche Delegation auf ein gutes Recht, das uns niemand auf die Dauer wird streitig machen können: Auf das Recht aus dem Versailler Vertrag auf eine freie deutsche Zivilluftfahrt! Möge der Rechtszustand bald und ganz wieder hergestellt sein!

II. Paris, 11. Jan. (Drahtbericht.) Für die nächste Zeit sind französische Militärmanöver geplant, an denen drei Armeekorps, nämlich das 4., 5. und 8., sowie mehrere Artilleriebrigaden und Luftschützentruppen teilnehmen werden. Der Kriegsminister plant auch die Einberufung der Reservisten zu diesen Manövern, die in getrennten Abständen stattfinden werden. Ob diese Einberufung möglich sein wird, hängt jedoch von der Bewilligung der dazu nötigen Kredite ab, die das Parlament bereits einmal ablehnt, die aber nach Einbringung der Heeresreformvorlage in der zweiten Januarhälfte erneut angefordert werden sollen.

Zwan Kag stürmt die „Niedersächsische Arbeiterztg“.

Aus der K. P. D. ausgeschlossen.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Reichstagsabgeordneten Zwan Kag aus der kommunistischen Partei auszuschließen. Er wurde gleichzeitig aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Ferner wurde die niedersächsische Parteiorganisation aufgefordert, gegen Kag Stellung zu nehmen. Zwan Kag hatte heute morgen versucht, mit seinen Anhängern die Räume der kommunistischen „Niedersächsischen Arbeiterzeitung“ zu kassieren.

h. Hannover, 11. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Im Laufe des heutigen Vormittags erschienen unter der Führung der von der kommunistischen Ortsgruppe Hannover ausgeschickten Mitglieder etwa hundert Kommunisten mit dem Reichstagsabgeordneten Zwan Kag an der Spitze vor dem Druckereigebäude der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung“. Offenbar war man dort auf diesen Aufmarsch vorbereitet, denn um Schutz des Gebäudes standen einige Duzend rote Frontkämpfer zur Abwehr bereit. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß Kag und seine Leute in die Räume der „Niedersächsischen Arbeiterzeitung“ eindrangen. Was sich darin alles abspielte, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wird es zu erheblichen Tätlichkeiten dabei gekommen sein. Einem Aufgebot der herbeigerufenen Schutzbeamten gelang es schließlich, die Räume und die Straße von den Eindringlichen zu säubern.

Keine Verschiebung der Abrüstungsbesprechungen.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Die Nachricht des „Echo de Paris“, daß die Genfer Besprechungen in der Abrüstungsfrage auf Mitte April verlegt werden sollen, wird von der maßgebendsten amtlichen Stelle ausdrücklich dementiert. Der für die Besprechungen in Aussicht genommene Eröffnungstermin wird aufrecht erhalten bleiben.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

II. London, 11. Jan. (Drahtber.) Einer Neuermeldung aus Genf zufolge ist die Meldung, wonach Rußland die Einladung zu den vorbereitenden Arbeiten der Abrüstungskonferenz angenommen habe, eine Verweigerung mit der Annahme der Einladung zur Teilnahme an dem Verhandlungsausschuß des Völkerbundes über Binnenschifffahrt. In der gleichen Meldung wird festgestellt, daß Rußland bereit sei, Delegierte zu einer Abrüstungskonferenz zu entsenden, sofern diese nicht in der Schweiz stattfindet.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland

Unser Elend in Zahlen.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Im Reichstagsaus-schuß für soziale Angelegenheiten gab am Montag zunächst der Regierungsrichter an Hand der Tabellen über die Unterstützung Erwerbsloser in Deutschland eine Darstellung der gegenwärtigen Erwerbslosenfrage. Er erklärte: Am 15. Dezember 1925 zählte man im Deutschen Reich insgesamt 1 067 031 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 673 350 am 1. Dezember 1925. Seitdem hat sich die Zahl der Arbeitslosen noch vermehrt. Mit längerer Unterstützungsdauer als drei Monaten waren am 15. Dezember 1925 insgesamt 148 582 Personen zu zählen. Auf 100 Einwohner entfallen 17,9 Hauptunterstützungsempfänger, am 15. Dezember 1925, während 15 Tage vorher die Zahl sich noch auf 11,4 belief. Im Monat November 1925 erforderte die Erwerbslosenunterstützung insgesamt 24 521 785 Mark an Ausgaben.

Um das Arbeitsprogramm des Reichstags.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Der Vorkonferenzrat des Reichstages wird zur Entscheidung über die nächsten Dispositionen für die Reichstagsarbeiten am Mittwoch vormittag zusammentreten. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist gleichfalls zum Mittwoch zu einer Sitzung zusammenberufen worden. Er wird in dieser Sitzung u. a. den nicht mehr zur Verhandlung gekommenen Fall Straß-Sauer sowie die Auswirkungen des Locarno-Vertrages behandeln.

Eberling legt die Vertretung des Herzogs von Meiningen nieder.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Reichstagsabgeordneter Dr. Eberling übersendet der Telegraphen-Union eine Erklärung, in der er u. a. zum Ausdruck bringt: Obwohl ein Interessenkonflikt für mich nicht in Frage kommt, habe ich ohne Anregung von irgend einer Seite, nachdem vielmehr die deutschnationalen Mitglieder des Rechtsausschusses mich einstimmig gebeten haben, an den Auswärtigen Beratungen weiterhin teilzunehmen, um der gegen mich in Szene gesetzten Gehe, die sich in Wahrheit gegen meine Partei und meine Anschauungen richtet, auch diesen Schein eines Anlasses zu nehmen, heute die Vertretung des Herzogs von Meiningen niedergelegt.

Die Beisetzung der Königin Margherita von Italien.

III. Rom, 11. Jan. (Drahtbericht.) Die heutige Beisetzung der Königin-Mutter Margherita von Italien nahm einen sehr würdigen Verlauf. Der Leichenkondukt traf pünktlich um 9 Uhr unter gleichzeitiger Einleitung sämtlicher Kirchenglocken Roms auf dem Bahnhof ein und wurde vom König, dem Kronprinzen und Mussolini empfangen. Der Sarg wurde auf eine Lafette gestellt, die nur mit der italienischen Flagge und einem riesigen Weidenkranz des Königs geschmückt war und von acht Kappen gezogen wurde. Der Trauerzug bewegte sich darauf durch mehrere Straßen nach dem Pantheon, wo die Königin, die Prinzessinnen, die Hofdamen, die Diplomaten und die Staatsmündenträger ihn erwarteten. Zwei Stunden lang defilierten Abordnungen aller Waffengattungen, der Behörden, öffentlicher Körperschaften und Vereinigungen mit umflorten Fahnen vor dem Sarge vorbei, an dem in langen Reihen die Kapuziner mit brennenden Kerzen sowie der gesamte Klerus Roms Aufstellung genommen hatten. Während des Trauerzuges gingen Mussolini, der Senats- und der Kammerpräsident und die Minister neben dem Sarge, unmittelbar hinter dem Sarge folgten der König mit den Prinzen, die auswärtigen Fürstlichkeiten, die souveränen Katholikerritter, die Diplomaten und die Annonzierer.

Bei der Ankunft des Juges am Pantheon setzten mehrere Musikchöre ein, während über 100 Flieger das Pantheon umkreisten. Zu der Feierlichkeit im Pantheon selbst war nur ein kleiner Kreis wegen des beschränkten Raumes zugelassen und zwar außer der königlichen Familie und den souveränen Gästen, die Diplomaten und die höchsten Spitzen der Behörden. Nach der kirchlichen Feier, die etwa eine halbe Stunde dauerte, verließen als erste der König und die Königin sichtlich bewegt das Pantheon, von der Menge förmlich begrüßt.

Trauergebet in Berlin.

Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Heute vormittag fand in der St. Hedwigskirche ein Trauergebet für die verstorbene italienische Königin-Mutter statt, an dem das gesamte diplomatische Korps teilnahm. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Staatssekretär Meißner erschienen. Als Vertreter des Reichsaußenministers, Staatssekretär von Schubert und als Vertreter des Reichskanzlers, Regierungsrat von Stöckhausen.

Der Kongress der französischen Sozialisten.

Für und wider die Ministerkessel.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der französische Sozialistenkongress setzte heute seine Beratungen fort. Haupttreiber des Tages waren die beiden Abgeordneten Leon Blum und Pierre Renaudel, von welchen der erstere die Ausschauung betrat, daß die Partei unter keinen Umständen an einem bürgerlichen Ministerium teilnehmen dürfe, während der letztere die gegenteilige Ansicht zu begründen suchte. Renaudel betonte ausdrücklich, daß die Sozialisten das Kabinett Briand bekämpfen müssen. Es gebe nichts anderes, als für oder gegen eine bürgerliche Regierung zu sein. Die Stimmenthaltung sei keine Politik und würde der sozialistischen Partei selbst den Untergang bereiten. Renaudel schloß mit der Aufforderung, daß in diesem entscheidenden Augenblick jedes der Parteimitglieder eine Verantwortlichkeit übernehmen solle.

Es sind noch mehrere Duzend Redner vorgemerkt. Die Sitzung wird sich wohl bis in die ersten Morgenstunden hinziehen.

Hoch bei Briand.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Briand konterte heute mit dem Marschall Hoch. Wenn auch über den Inhalt der Besprechungen offiziell nichts mitgeteilt wird, kann doch kein Zweifel bestehen, daß es sich um die Militärrückfrage in Deutschland handelte.

Poincarés Memoiren.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Poincaré beginnt am 15. Januar in der „Revue de France“ mit der Veröffentlichung seiner Memoiren, welchen er den Titel gab: „Im Dienste des Vaterlandes“. Für die deutsche Öffentlichkeit hat die Tatsache der Veröffentlichung in der „Revue de France“ einige Bedeutung, denn der Herausgeber Marcel Fourny gehörte vor dem Kriege zu den in Deutschland am meisten gelesten Romanisten, und noch vor einem Jahr betonte er vor unserem Korrespondenten, wie er den Wunsch hege, die deutsch-französische Annäherung zu fördern.

Ermanno Wolf-Ferrari.

Zu seinem 50. Geburtstag.

Prof. Dr. Hans Joachim Moser, (Universität Heidelberg.)

Wenn zur Zeit noch oder wieder künstlerische und menschliche Fäden zwischen deutschen und italienischen Musikern hin- und herlaufen, so ist Ermanno Wolf-Ferrari zweifellos seit Busonis' Tode ihr bedeutendster Träger. Dieser lebenswichtige Meister nicht nur der komischen Oper, sondern auch bemerkenswerter geistlicher Chorwerke, ist als Sohn eines deutschen Malers und einer Venezianerin von Natur zwischen die beiden großen Musiknationen hineingefallen. Aber er hat sich damit nicht, wie mancher künstlerische Kompromittierter, sozusagen zwischen zwei Stühlen gesetzt, sondern es im Gegenteil verstanden, die guten Seiten beider nationalen Musiktalente auf das glücklichste in sich zu vereinigen: von Weichland her den unfehlbaren Theaterinstinkt, die graziose Komik des Buffos, eine intensive melodische Gestaltungsgabe; vom Norden her aber hat er die harmonische Vertiefung, die Kontrapunktik, das Leitmotivwesen und vor allem eine Gebiegenheit der Partiturgestaltung übernommen, die ihn auch innerhalb unserer Musikdramatik zu den bemerkenswertesten Könnern stempelt. Gleich dem Tiroler Meister Ludwig Thuille bei Weinberger in München ausgebildet, schen er zunächst die seine landsfremde Symbiose und Martucci in einer bloßen Uebersetzung sowohl der Brahmsischen wie der Wagnerischen und Lisztischen Harmonik auf die italienische Musiksprache das Geiß zu erblenden, wofür neben jugendlichen Kammermusikwerken die allerliebste lateinische Cantate „L'Alta Santa“ (Haiti Echterlein) in ihrer heißen Anbrunst einen reizvollen und auch in die deutsche Kirchenmusik eingebundenen Beleg bildet. Als vorläufiger Abschluß ihrer Entwicklung erschien sein bei uns viel gegebener Chorwerk „La Vita nuova“ für Chor, Orchester und Bariton solo. In ganz einzigartiger Weise hat er es verstanden, den „Dolce stil nuovo“ von Dantes lyrischen Gedichten in modernem Tongewand zu kleiden und dabei doch völlig den arten und doch lebensschafflichen Stil etwa des „Tra Angelico“ zu erreichen.

Schließlich berührt haben ihn aber doch eine Reihe von Busonisten. An der Spitze stehen „Die neugierigen Frauen“ (1903), die besonders von Gregors Berliner „Komischer Oper“ aus ihren Stagesieg angetrieben haben. In glücklicher Weise hat der Meister es verstanden, eine packende Lustspielhandlung mit den typischen Personen der „Commedia del Arte“ zu verquiden, und ein wichtiger Einfall, wie zu Beginn des zweiten Aufzuges das Bühnengedächtnis der aufgeregten und argwöhnischen Frauen, das durch eine überbläute Oboe dargestellt wird, oder das prägnante Erkennungszeichen der verschworenen Freunde „Anticchia“, gehört zu den glücklichsten Einfällen der neueren Musikdramatik. Drei Jahre später haben seine „Vier Grobiane“ zwar nicht den gleichen hinreißenden Erfolg gehabt wie das Erstlingswerk, aber eine neuere Wiederaufnahme von Venedig her läßt auch eine Revision des Verfahrens in Deutschland als ebenso ausnehmend wie verdienstlich erscheinen. Großes Glück wieder machte von Anfang an der schelmische Musikschaffter „Susannens Geheimnis“ (1909), und auch das beliebteste Thema „Der Liebhaber als Arzt“ hat in seiner Betonung in weiten Kreisen herzlichen Anklang gefunden. Einen

Die unrentablen Fälschungen.

Windischgrätz will nichts erhalten haben.

Budapest, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In seinem heutigen Geständnis hat Prinz Windischgrätz weitere zahlreiche Namen von Persönlichkeiten genannt, die angeblich in die Frankenfälschungsaffäre verwickelt sind. U. a. hat er auch behauptet, daß in den einzelnen Räumen des Nationalverbandes, dessen Vizepräsident ebenfalls verhaftet wurde, die gefälschten Banknoten versteckt und verpackt wurden. Eine neuerliche Hausdurchsuchung in dem Gebäude des Nationalverbandes hatte aber keinerlei Ergebnis. Windischgrätz gab auch an, daß er von den Frankenfälschungen nicht einen Heller bekommen habe, trotzdem er selbst Milliarden in das Unternehmen hineingesteckt habe. Die Leute, welchen die Banknoten übergeben worden waren, hätten bis jetzt keinen Heller abgeliefert. Er beschuldigte auch sehr stark den Landespolizeichef Radossy. Er gab an, daß höchstens 200 gefälschte Banknoten in das Ausland gekommen seien, da man erst am Anfang des Jahres dieses stand.

Eine Unterredung mit dem ungarischen Botschafter in Paris.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Briand empfing heute den ungarischen Botschafter in Paris, Baron Koranyi. Es erschien unserem Korrespondenten interessant, den ungarischen Botschafter über die Banknotenfälschungsaffäre zu befragen, und dieser ermächtigte ihn ausdrücklich zu der Erklärung, daß die ganze Sache gar keinen politischen Hintergrund habe und daß alle Zeitungsmeldungen, die derartige Behauptungen enthielten, Fälschungen seien. Baron Koranyi erklärte ausdrücklich, daß die ungarische öffentliche Meinung ohne Unterschied der Parteien über die Fälschungen des Prinzen Windischgrätz und seiner Helfershelfer ebenso entrüstet sei wie über die unmaßigen Nachrichten und falschen Meldungen. Die ganze Sache sei von Windischgrätz ausgegangen, der vollkommen ruiniert sei. Dieser habe allerdings seinen Helfershelfern, die er bei den Fälschungen brauchte, vorgespiegelt, daß die Sache politische Zwecke verfolgte. Aber auch nicht ein Heller sei zu anderen als rein persönlichen Zwecken verwendet worden. Auf die Frage, ob der Regent Horthy mit dem Erzherzog Albrecht gemeinsame Sache mache, erklärte Baron Koranyi, daß dies durchaus falsch sei. Ungarn denke nicht daran, den gegenwärtigen Zustand der Dinge durch angebliche Gewaltmaßnahmen abändern zu wollen.

Tagung der internationalen Kommission für wissenschaftliche Arbeit.

F.H. Paris, 11. Jan. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Am Donnerstag tritt in Paris die internationale Kommission für wissenschaftliche Arbeit zusammen. Deutschland ist in der Kommission nicht vertreten, Oesterreich durch den früheren Operndirektor Felix Welgarnitz. Die Hauptfrage, die die Kommission beschäftigen wird, ist die Einsetzung eines Unterkomitees, welches Mittel und Wege finden soll, wie in allen Staaten die Jugend über die Aufgaben des Völkerbundes unterrichtet werden soll. Die Kommission soll sich ferner mit den Fragen beschäftigen, wie ein Verzeichnis aller in fremden Sprachen übersetzten Werke angelegt werden könnte, wie überhaupt die Frage der Uebersetzungsrechte eingehend studiert werden soll.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien.

* Berlin, 11. Januar. (Funkpruch.) Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind in einzelnen Zeitungen Mitteilungen über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien veröffentlicht worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Spanien hat weder einen Vorschlag gemacht, noch dem für 150 Positionen seines Zolltarifs unter Vorbehalt der Zustimmung der spanischen Regierung einen Vorschlag der spanischen Seite als unzulässig abgelehnt worden. Es handelt sich jetzt um die Stellungnahme der Spanier zu einem deutschen Vorschlag. Diese Stellungnahme ist in Form von Listen niedergelegt, auf die aber die Angaben der Presse mitteilen nicht zutreffen. Sobald die Besprechungen mit den beteiligten Vertretern und den Wirtschaftsfreien beendet sind, werden die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

Die Wohnungsanforderungen der Engländer.

Eine Erklärung der Besatzungsbehörde.

III. Köln, 11. Jan. (Funkpruch.) Die englische Besatzung gibt bekannt: Die gesamte englische Besatzungsarmee im besetzten Gebiet zählt 3000 Mann, die nach dem Abzug von Wiesbaden in einem verhältnismäßig engen Raum untergebracht werden sollen. Da die englische Truppenzahl aber bedeutend mehr verbeiterte und Familien als die frühere untergebrachte französische Besatzung enthält, deshalb sind auch mehr Wohnungen erforderlich, als sie die Franzosen benötigten. Außerdem mußten in Kölnheim, Langenschwalbach, Wiesbaden, Idstein und anderen Orten bereits öffentliche Gebäude beilagelassen werden, die seither besatzungsfrei waren. Mißbräuche können nicht eintreten. Deshalb haben alle derartige Gesuche der Stadtverwaltungen und auch persönliche Vorstellungen in Koblenz keinen Erfolg. Dagegen will die englische Besatzungsbehörde versuchen, im Frühjahr gegebenenfalls die Gesamtzahl der Besatzungstruppen zu vermindern und zwar in erster Linie in den Kurorten. Bis dahin können aber keine Mißbräuche eintreten. In die für die einzelnen Orten bestimmten Truppen müssen unter allen Umständen untergebracht werden.

Frankreichs Rheinlandpolitik.

III. München, 11. Jan. (Drahtbericht.) In der „Vorwärts“ Staatszeitung wird heute unter der Ueberschrift „Frankreichs unentwegte Rheinlandpolitik“ mitgeteilt, daß vor kurzem in Paris ein rheinischer Kongress für alle die Kreise der Anhänger der französischen Rheinlandpolitik stattfand, die auch nach Locarno eine Sicherung Frankreichs nur in der Betreibung einer auf die Loslösung des Rheinlandes vom Reich gerichteten Politik und in der ständigen Besetzung der Rheinlande durch Frankreich garantieren sehen. Diese französischen Kreise, vor allem ihre zahlreichen Anhänger in der französischen Besatzungsarmee und in der Rheinlandkommission bis in die höchsten Spitzen stehen auf dem Sprung, im besetzten Gebiet das System der Gewalt sofort wieder aufzurichten, sobald die politische Konjunktur in Frankreich günstig erscheint. Das Arbeitsprogramm des rheinischen Kongresses sieht auch eine Propaganda vor, die der Bevölkerung des besetzten Gebietes vorträgen soll, daß eine Loslösung vom Reich auch aus wirtschaftlichen Gründen für die Rheinlande von großem Vorteil wäre.

Selbstmord des Prinzen Dieckstein.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Die „Vossische Zeitung“ meldet: Gestern hat sich auf seinem Schloß Würdorf bei Jandenburg Prinz Alexander Dieckstein erschossen. Als Ursache des Selbstmordes wird die schlechte finanzielle Lage des Prinzen sowie ein schweres Nervenleiden angegeben. Prinz Alexander von Dieckstein war am 10. November 1900 in Götting in Wahren als Sohn des Generalmajors Prinz Friedrich von Dieckstein und der Gräfin Maria Apponyi geboren.

Senkung des Bierpreises in Bayern.

III. München, 11. Jan. Grund der Besprechungen des Vertreter der Brauereien mit der bayerischen Regierung ist nun doch eine Senkung des Bierpreises in Bayern vom 15. Januar ab beschlossen worden. Der Preis für helles und dunkles Lagerbier ist um 2 Pfennig das Liter herabgesetzt worden.

* Berlin, 11. Jan. (Funkpruch.) Der ungarische Botschafter Kampa ist heute nachmittag aus Budapest in Berlin wieder eingetroffen.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Interzentell.)

Dienstag, den 12. Januar.

Vorlesekreis: „Der ewige Jüngling“, 7 1/2—10 Uhr.
 Kab. Kabinett: „Der ewige Jüngling“, 7 1/2—10 Uhr.
 Eintracht: „Kühler Abend“, 8 Uhr.
 Kollodium: „Kühler Abend“, 8 Uhr.
 Naturhistorischer: „Vortrag von Raoul G. Francs über „Der Sinn des Lebens“, im „Friedrichshof“, 8 Uhr.
 Wiener Gesellschaft: „Falk's Kabarettvorführung“, 8 Uhr.
 Kaffee-Kabarett: „Zamabend“, 8 Uhr.
 Nebenbesprechungen: „Eine Minute vor zwölf“, 8 Uhr.
 Palast-Kabarett: „Abendunter im Nachtzoo“, 8 Uhr.
 Weltkino: „Jacht, der kleine tapfere Held“, Großmutter's Junge.

kräftigen Aufstiegs brachte schließlich die verlässliche Oper „Der Schmied der Madonna“, die naturgemäß mit etwas verberben Mittel arbeiten mußte, aber zwischen den Werken Vaccinis ebenso wie auf deutscher Seite etwa dem Rinzschischen „Evangelinmann“ und der „Mona Lisa“ von Schilling's gute Figur macht.

Wie man hört, ist die Schaffenskraft des Tonsetzers, der seit 1902 als Direktor des kaiserlichen Konservatoriums in Venedig großes Ansehen besitzt, noch längst nicht erschöpft und es sieht zu hoffen, daß seine ebenso geistvolle wie lebenswichtige Musik, die sich allen Augenblicksveränderungen atonaler Schlagwerke vornehm zu entziehen weiß, uns künftig noch manden beglückenden Theaterarbeiten schenken wird. Hier jedenfalls breitet sich das Gebiet aus, auf dem Deutschland und Italien sich in friedlicher Geschmacksübereinstimmung jederzeit treffen kann.

Impressionismus und Expressionismus.

Vortrag von Prof. Richard Hamann-Marburg.

Der Badische Kunstverein eröffnete am Samstagabend sein diesjähriges Programm mit einem Vortrag: „Impressionismus und Expressionismus“ von Prof. Richard Hamann-Marburg. Es konnte kaum einen Berufeneren geben, über dieses Thema zu sprechen, als Hamann. Hamann hat vor nunmehr zwanzig Jahren ein Buch veröffentlicht: „Der Impressionismus in Leben und Kunst“, das man heute noch mit gutem Gewissen als Vorläufer zu Spenglers „Untergang des Abendlandes“ bezeichnen darf. Kaum ein Zweites hat den Passivismus der impressionistischen Kultur und ihren spätlichen Charakter schärfer gezeichnet und richtiger erkannt, als Hamann. Der Vortrag über „Impressionismus und Expressionismus“ bot eine Uebersetzung: Hamann ist über die pessimistische Beurteilung der Zeit hinausgegangen zu einer positiven Gläubigkeit an die Kultur, und diesen Glauben verbandt er niemanden anders, als dem Impressionismus. Während Spengler Impressionismus und Expressionismus zusammenwirft, sagt sie Hamann als zwei scharfe Gegensätze, von denen nur der eine Pol, der Impressionismus, dem Verfall der Kultur zugehöre.

In der Charakterisierung des Impressionismus bot Hamann gegen früher nichts Neues: er nannte ihn eine passive Kultur, die durch willenlose Hingabe an den Eindruck gekennzeichnet sei. Er zitierte ein Wort von Hofmannsthal: daß der Dichter ein Seismograph sei, der auf alle zufälligen Schwingungen reagiere, womit der Impressionismus als Kulturverleugnung allerdings in einem drastischen und erschöpfenden Bild charakterisiert ist. Dem gegenüber steht nun der Expressionismus als Aktivismus. Alles wurde aktiviert und politisiert: das Drama (Kaiser, Anzu), die Malerei, indem man sie zu programmatischen Zwecken verwendete. Damit parallel geht der Durchbruch des Konstruktivismus: Symmetrie, Kubus, Kugel, Architektur — überall breche der Wille zur Symmetrie durch. Während es dem Impressionismus nur auf den Reiz, auf die Nuance ankommt, sei der Expressionismus eine Kunst, die ins Kosmische, Totale greife.

Es hierher möchte man gerne den feinsinnigen Deutungen des Marburger Kunsthistorikers folgen, obwohl man den Eindruck hat,

daß er nur eine Seite des Impressionismus, die konstruktive, nicht die andere, schmerzvollere, die destruktive, charakterisierte, und daß seine Uebersetzung eigentlich aus dem Nach-Expressionismus aus der neuen Sachlichkeit, gewonnen sei. Allein gegen seine Perspektive, die man kurz den „technischen Stil“ nennen kann, sträubt sich doch instintiv etwas in uns, weil wir glauben, daß auf abstrakten Voraussetzungen keine neue Kultur entstehen kann. Hamann ist sich nicht der Tatsache ins Auge zu blicken; und davor müssen wir Respekt haben. Aber die Frage: „Ist es einen Sinn, einem Arbeiter Schiller und Goethe vorzulesen, möchten wir doch lieber bejahen. Es hat keinen Sinn, wenn wir die Zivilisation bejahen, aber es hat Sinn, wenn wir an eine neue Kultur glauben.“ — Die zahlreiche Zuhörerschaft dankte dem Redner, den man zweifellos zu den bedeutendsten philosophischen Rednern unserer Zeit rechnen muß.

Erich Ziegel, Intendant des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg. Wie uns ein Telegramm unseres Hamburiger Theaterberichterstatters mitteilt, wurde der Direktor der Hamburger Kammerspiele, Erich Ziegel, zum Intendanten des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg ernannt.

Hans Benzmann gestorben. Der bekannte Lyriker, Hans Benzmann, der lange Jahre als Archivar im Reichsarchiv tätig war, ist dieser Tage, 66 Jahre alt, in Berlin gestorben. Ein gebürtiger Kolberger, ist er besonders durch die Gedichtbände „Im Frühlingsturm“ und „Meine Feinde“, und durch die Anthologien „Moderne Deutsche Lyrik“ u. die „Deutsche Ballade“ weiteren Kreisen bekannt geworden.

Von der Technischen Hochschule (Ehrenvolle Berufung.) Professor Dr. Ing. Martin Köbner, Direktor des geodätischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe, erhielt vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen ehrenvollen Ruf an die Technische Hochschule München als Nachfolger von Geheimrat Schmidt. Professor Köbner kam im Jahre 1917 als Nachfolger von Geheimrat Professor Dr. Heid von der Technischen Hochschule Braunschweig an die Karlsruher Technische Hochschule und hat sich als Dozent während seiner Tätigkeit eine große Beliebtheit erworben. Seine zahlreichen Veröffentlichungen, darunter auch zwei anerkannt gute Lehrbücher, stellen ihn in die erste Reihe der Forscher auf seinem Gebiet. — Es wäre sehr zu wünschen, daß Professor Dr. Ing. Köbner der Technischen Hochschule Friederichsruhe erhalten bliebe. — Der Professor der Botanik an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Geh. Hofrat Dr. Ludwig Klein, wurde von der deutschen Botanischen Gesellschaft zum Präsidenten für das Jahr 1924 gewählt.

Badisches Landestheater. Zu den Schwänken, die sich seit Jahrzehnten im Spielplan der deutschen Bühnen erhalten konnten, gehört auch dank der harmlosen Drastik ihres Einfalls und der daraus entwickelten Situationen die unverwundliche „Charles Fante“ von Brandon Thomas. Der neue Reizung mag die Wiederaufnahme dieser tollen Verleumdungspost rechtziffern, die am Sonntag, den 17. Januar, im Landestheater als Nachmittagsvorstellung (Beginn 2 1/2 Uhr) zu bedeutendermäßigen Preisen in zwei Teil neuer Besetzung in Szene gehen wird.

Über 76 000 Erwerbslose in Baden. Starke Zunahme der Hauptunterstützungsempfänger.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarkts hat in der Zeit vom 21. Dezember 1925 bis 6. Januar 1926 im ganzen angehalten, wenn auch in einzelnen Gruppen eine schwache Besserung zu verspüren war. Diese dürfte jedoch überwiegend vorübergehenden Charakter tragen (leichte Belegung des Baugewerbes während der verhältnismäßig wärmeren Tage, des Gast- und Schankwirtschafts- sowie Musikergewerbes infolge der Festtage und dergl.). Im ganzen ist der Arbeitsmarkt aber schlecht geblieben, in maßgebenden Berufsgruppen (Metall-, Holz- und Tabakgewerbe) ist sogar eine weitere Verschlechterung zu beobachten.

So ist die Arbeitslosenanzahl im Lande Baden in der Berichtszeit von insgesamt 72 073 auf 76 839 gestiegen.

Infolge einer gleichzeitigen schwachen Zunahme des Stellenangebots von 1164 am 30. Dezember auf 1385 am 6. Januar hat sich allerdings die Antragsziffer — das Verhältnis der Zahl der Stellenfuchenden auf je 100 offene Stellen — etwas gebessert: Kam am 30. Dezember auf 100 offene Stellen rund 6192 Arbeitsuchende, so sank letztere Ziffer bis zum 6. Januar auf 5630.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist aber noch von 45 050 am 30. Dezember auf 61 843 am 6. Januar gestiegen.

In der Landwirtschaft hat sich die Nachfrage nach Mägden schwach belebt.

Hingegen haben sich kleine wie große Firmen der Metall- und Maschinenindustrie zu weiteren Entlassungen genötigt. Eine größere Maschinenfabrik hat in der Berichtszeit stillgelegt. Neue Betriebsübernahmen sind den bisherigen gefolgt. In den meisten Betrieben der Schwarzwalder Uhrenindustrie herrscht Werkurlaub, in der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie beläuft sich die Zahl der verläßt arbeitenden Kräfte z. T. etwa auf 26 000.

In der chemischen Industrie wurden lokale Einstellungen beobachtet, im ganzen änderte sich aber die Lage nicht erheblich, eine Harzfabrik hat Werkurlaub eingeführt.

In der Leder- und Lederverarbeitenden Industrie hat die Verschlechterung angehalten. Eine Lederfabrik hat 26 Leute entlassen, auch unter Sattlern und Koffermachern hat die Arbeitslosigkeit zugenommen, die Weinheimer Lederindustrie jedoch konnte voll durcharbeiten.

In der im wesentlichen betriebliegend beschäftigten Textilindustrie wurden verschiedentlich Entlassungen an Spinnereibetrieben beobachtet. Ungünstig ist in dieser Berufsgruppe nach wie vor die Lage in der Seidenwebereibranche.

Nicht minder ist der Beschäftigungsgrad im Holz- und Schnitzstoffgewerbe. Wenn auch vereinzelt Einstellungen erfolgt sind und ein Sägewerk nach 14 tägiger Ruhe 28 Mann wieder beschäftigen konnte, so liegt auf der anderen Seite die Erwerbslosigkeit. Eine Holzwarenfabrik mußte 60 Leute entlassen, in der schicht beschäftigten Bürstenindustrie hat eine weitere Fabrik für 30 Personen Kurzarbeit eingeführt, eine kleine Holzschuhfabrik hat ihren Betrieb geschlossen.

In der Tabakindustrie hat sich der Arbeitsmarkt (sowohl infolge von Entlassungen als auch infolge von Werkurlaub und Kurzarbeit) wesentlich verschlechtert.

Im Bekleidungsgebiete wurde zu Werkurlaubsunterbrechungen von Näherinnen und Schneiderinnen geschritten, der Arbeitsmarkt der Schuhfabrikation blieb, von geringer örtlicher Besserung abgesehen, schlecht.

Wenn der Kräftebedarf im Friseur- und Friseurhilfsgewerbe im allgemeinen ungehalten hat, so belebte sich die Nachfrage im Baugewerbe infolge der milden Witterung vorübergehend.

Der Hochwasser Schaden hat zu Entlassungen von Hafenarbeitern geführt, auch für sonstige ungelernete Kräfte gestattete sich der Arbeitsmarkt äußerst ungünstig. Hingegen erfährt die Nachfrage nach weiblichem hauswirtschaftlichem Personal eine gewisse Belebung.

Weitere badische Sozialdemokraten für die Große Koalition im Reich.

Nach einer Meldung aus Schoppe'm hat eine sehr gut besuchte Konferenz der Sozialdemokratischen Partei des zweiten badischen Landtagswahlkreises eine Entschließung angenommen, in der sie sich für die Große Koalition ausspricht unter entsprechender Sicherung der sozialdemokratischen Forderungen.

Dr. Schofer für Marg.

Wie die „Germania“ berichtet, stellte in der Sitzung des Parteivorstandes und der Fraktionsvorstände, die am Sonntag in Berlin stattfand, Prälat Dr. Schofer, der Führer der badischen Zentrumspartei, fest, daß Marg in der Angelegenheit der Stellenbesetzung beim Völkerverbund völlig einwandfrei und loyal gehandelt habe. Die Verammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt Dr. Schofers.

Ettingen, 11. Jan. (Blutvergiftung.) Der 19 Jahre alte Rudolf Grundhöfer hatte an einer Wange eine kleine Wunde, die er nicht beachtete. Wahrscheinlich kamen fremde Stoffe in die Wunde. Es trat eine starke Entzündung ein, die in Blutvergiftung überging. Dieser erlag der junge Mann heute vormittag.

Forzheim, 11. Jan. (Kostbarer Schmutz verloren.) Wie der Polizeibericht mitteilt, ging in einer auswärtigen Stadt (der Name wird nicht genannt) eine Perlenhaube im Werte von mindestens 50 000 M. verloren. Sie ist einreihig und besteht aus 79 Perlen. Für die Beibringung des Schmutzes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Langenbrücken (Amt Bruchsal), 11. Jan. (Goldene Hochzeit.) Heute feierte das Ehepaar Adam Häusler hier in bester körperlicher und geistiger Rüstigkeit die goldene Hochzeit.

Mannheim, 11. Jan. (Kindstöße gefunden.) Gestern nachmittag wurde am Neckar bei der Boissausfahrt am Krankenhaus die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Das Kind scheint gelebt zu haben und dürfte nach der Geburt getötet worden zu sein. Es wurde festgestellt, daß die Leiche ungefähr drei Tage am Wege gelegen hat. Sie war in weisse Hemdstüde und ein weisses Handtuch, in dem die Zeichen S. N. eingestrichelt waren, eingewickelt aufgefunden worden.

Neckarhausen, 11. Jan. Ihre goldene Hochzeit feierten heute die Eheleute Johann König hier.

Heidelberg, 11. Jan. (Das Auto geborgen.) — Wahrscheinlich auch der Chauffeur gefunden.) Nachdem am Freitag, wie gemeldet, der Schiffer Johann Ueberle mit seinem Sohne 150 Meter unterhalb der Mühle und 8 Meter vom Ufer entfernt (wo kürzlich das Auto des Dr. Vogel in den Neckar gefahren war), den Verbleib des am 29. Dezember verunglückten Kraftwagens festgestellt hatte, wurde heute vormittag von der Taxametervereinigung die Bergung des Wagens vorgenommen. Nach einstündiger schwerer Arbeit gelang es, den Wagen, der noch etwa 80 Cm. unter dem Wasserpiegel lag, mit Hilfe von Drahtseilen, die man von einem Schiff aus am dem Auto befestigt hatte, an das Ufer zu ziehen. Der Wagen, bei dem noch der schnellste, vierte Gang eingeschaltet war, war schwer beschädigt. Es fehlte der Plechschuß des Motors und der ganze Oberteil der Karosserie, die Sitzpolster u. a. Die Räder waren kaum beschädigt. Schon beim Ausheben des Wagens wurde festgestellt, daß die Leiche des verunglückten Kraftwagenführers sich nicht im Wagen befand. Sie war heute vormittag zwischen 8 und 9 Uhr

gefunden worden und zwar auf einer kleinen Insel bei der Herrenmühle. Dort fand ein Schiffer beim Holzfluchen im Gebüsch die Leiche eines Mannes, die der Kleidung nach zu schließen niemand anders als Ueberle sein konnte. Genaue Feststellungen waren zunächst nicht möglich, und zwar weil der schwere Mantel über dem Kopf zusammengezogen und zusammengepresst war. Die Leiche wurde in das Pathologische Institut der Universität Heidelberg gebracht, wo dann die Identität festgestellt wurde.

Heidelberg, 11. Jan. (Beisetzung der Frau Dr. Vogel.) Am Samstag nachmittag fand im Krematorium die Einäscherung der Leiche von Frau Dr. Vogel statt. Eine unübersehbare Menschenmenge füllte den Platz vor der Halle, in der der Sarg in einem Saal von Blumen verschwand. Pfarrer Horn von Ziegelhauken wirkte bei der so tragischen Beile ums Leben gekommenen Frau in seiner Trauerrede tief empfundene Worte. Unter Violin- und Sarranontium-Trauerklängen wurde die Leiche den Flammen übergeben.

Gottenheim b. Bretsch, 11. Jan. (Tödlicher Autounfall.) Auf der Heimfahrt verunglückte auf der Straße zwischen Buchheim und Gottenheim der praktische Arzt Dr. Eibel am Samstag abend mit seinem Auto, das in einer Kurve sich überschlug und der Führer unter sich begrub. Der Verunglückte wurde in einen Wassergraben geschleudert, in dem er ertrank.

Maulburg, 11. Jan. (Des Kindes Schutengel.) Das dreijährige Kind des hiesigen Arbeiters Mä n n e r wurde von einem Auto überfahren, blieb aber wunderbarerweise völlig unverletzt.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 12. Januar 1926.

Die Eisbären im Bade.

In nächster Nähe des Bassins der Seelöwen im Stadtpark befinden sich bekanntlich die Bärenwinger, in denen außer einigen gewöhnlichen Braunbären auch drei Eisbären eine der umgitterten Höhlen bewohnen. Um den Herren Eisbären, übrigens drei stattliche Burken, die an Größe ihren braunen Jüngern nicht nachstehen — das Leben etwas angenehmer zu gestalten, hat die Stadtparkdirektion, da der geplante neue Freilauf wegen Mangel an Mitteln noch nicht gebaut werden konnte, in diesem Bärenwinger ein kleines Bad einrichten lassen. Durch diese an und für sich unbedeutende Verbesserung der Wohnverhältnisse der Eisbären hat man zwei Fliegen mit einem Schlag getroffen. Einmal wurde den Bären selbst eine große Wohlthat erwiesen und zum zweiten hat man erreicht, daß dieser Bärenwinger heute zu einem der Hauptanziehungspunkte unseres Tiergartens geworden ist. Wie die Fütterung der Seelöwen, so ist jetzt das Bad der Eisbären „das Ereignis“ im Stadtpark.

Es ist auch zu uflig, zu sehen, wie sich die massigen Gäste aus dem hohen Norden in ihrem Bade tummeln. Während es bei den Seelöwen die ungeheure Schnelligkeit und Geschicklichkeit im Aufstehen der zugeworbenen Nahrung ist, die täglich bewundert wird, sind es bei den Eisbären die harmlosen Spiele der majestätischen Weibchens, die dem Publikum Freude machen. Harmlos wie kleine Kinder plantchen die Kerle in ihrer Baderinne. Wer den Spielen zusieht, versteht sich ganz, daß man es hier mit wilden ungeschämten Tieren zu tun hat, die weit gefährlicher sind als die nebenan befindlichen Braunbären. Meistens sind es nur zwei, die sich zu gleicher Zeit im Bade befinden. Mit behaglichem Grinsen legen sich dann die beiden Kerle in das Wasser, wobei die Rückenlage besonders bevorzugt wird. Dann auf einmal reden sich die Kerle in ihrer ganzen Länge aufrecht in die Höhe. Wie zwei Meisterschaftsringler stehen sie einen Augenblick einander gegenüber. Dann ein kurzes gegenseitiges Bekatzen mit den Pranken, und schon sind sie im Untergriff in einander verwickelt. Ein kurzes Hin und Her, vor und zurück und schon hat der eine seinen Gegner regelrecht auf beide Schultern gelegt und tunkt ihn „nach Strich und Faden“ unter die Oberlippe. Dann wälzen sich die beiden Körper eine Zeitlang in rotierenden Bewegungen im Wasser, jedoch der eine bald oben bald unten ist. Dann wieder packt der eine ganz vorichtig, daß es ja nicht weh tut, den anderen im Genick am Fell und zieht ihn der ganzen Länge nach durch den Teich. Das läßt sich der Riesentier auch ganz ruhig gefallen. Auf einmal aber dreht er sich um, taucht mit einer Schnelligkeit, die man dem Burschen nicht zutrauen hätte, unter den Bauch des Gegners, hebt ihn hoch und wirft ihn in prächtiger Akrobade über seinen Rücken. Noch lustiger ist die Geschichte, wenn alle drei Eisbären im Wasser sind. Dann vereinigen sich immer zwei der Gesellen im Kampf gegen einen. Ein kurzes Jubeln mit den listigen, sonst so heimtückisch glühenden Augen und schon haben die zwei den anderen am Widel. Der eine faßt am Bein, der andere am Kopf oder Kragen und nun wälzt sich alles im Kränzel in dem kleinen Bassin, daß das Wasser hoch spritzt. Besonders reizvoll wird die Geschichte, wenn zur selben Zeit, in der sich die Bären im Bade befinden, sich der starke Wasserstrahl zur Auffüllung des verstopften Wassers aus der Höhe der nördlichen Abflusshöhle in die Baderinne ergießt. Dann beginnt ein kräftiger, aber friedlicher und pofflicher Kampf um den Platz an der Dusch. Jeder möchte sich an der Aneklur beteiligen. Kopf, Hals, Rücken- und Rückengeweisse kommen ebenso zur Anwendung wie die Bauchmassen. Wie die Kinder fahren sich die Bären mit beiden Händen über das Gesicht, wenn der Strahl auf dem dicken Schädel aufschlägt, ein besonders heftigender Anblick diese Ratschänder. Erweitert ist auch das Spiel der Bären mit einer Weibchale, um deren Besitz natürlich auch gerankt wird. Alles spielt sich so gemächlich ab, daß die meisten Zuschauer erst den Platz verlassen, wenn die Bären ihr Bad beendet haben, was manchmal eine volle Stunde dauert. Die Nordländer sind eben geborene Wasserplanzen. Ledber haben sich die Eisbären nicht dazu bewegen lassen, eine bestimmte Wadezeit einzuhalten. Sie bevorzugen allerdings die Vormittagsstunden von 11 bis 1 Uhr zu ihren wassersportlichen Übungen. Aber da auch Bären Raunen haben, richten sie sich nicht nach den Wünschen der Zuschauer, sondern nach ihrem eigenen Diktio.

(Zusammenhang mit der Pfalz.) Nach Inkrafttreten des Winterfahrplanes wurde der Verkehrsverein Karlsruhe sofort bei den Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Ludwigshafen vorstellig, weil der bisher um 6.04 Uhr N. in Ludwigshafen abgehende Personenzug 570 eine halbe Stunde später gelegt wurde, wodurch die unmittelbare Anschlussmöglichkeit nach Karlsruhe in Wörth wegfiel. Der Zug 570 trifft 8.29 Uhr N. in Wörth ein, während der Anschlusszug 681 nach Karlsruhe nach wie vor bereits um 7.56 Uhr N. in Wörth abfährt. Reisende nach Karlsruhe können daher erst mit einstuündigem Aufenthalt in Wörth um 9.20 Uhr N. weiterfahren. Auf den Antrag des Verkehrsvereins, den Zug 681 ebenfalls später zu legen, damit die unmittelbare Anschlussmöglichkeit an den Zug 570 in Wörth bestehen bleibt, teilt die Reichsbahndirektion Ludwigshafen dem Verkehrsverein mit, daß die Späterlegung des Personenzuges 570 von Ludwigshafen nach Lauterburg vom 4. Oktober 1925 ab durch den späteren Arbeitsbeginn in den Fabriken bedingt war, da etwa 600—700 Arbeiter und Angestellte täglich mit diesem Zug nach Lauterburg befördert werden. Eine Späterlegung des Zuges 681 Wörth-Karlsruhe konnte jedoch mit Rücksicht auf die unmittelbaren Anschlüsse in Karlsruhe nach Baden-Baden, Heidelberg, Eppingen und Forzheim nicht erfolgen. Diese zweifelhafte Benachteiligung der Strecke Wörth-Karlsruhe während der Wintermonate wird jedoch im Sommerfahrplan ab 15. Mai d. J. wieder aufgehoben, da die Aenderung der Arbeitszeit in den Ludwigshafener Fabriken eine frühere Abfahrzeit des Personenzuges 570 in Ludwigshafen um 20 bis 25 Minuten zulassen wird. Hierdurch wäre dann auch die direkte Anschlussmöglichkeit in Wörth nach Karlsruhe wieder gesichert.

Zur Aufhebung des Sichtvermerzwanges zwischen Deutschland und der Schweiz wird noch berichtet: Zwischen der deutschen und der schweizerischen Regierung ist die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerzwanges mit Wirkung vom 20. Januar 1926 vereinbart worden. Von diesem Zeitpunkt an können Reichsangehörige die Schweiz und schweizerische Staatsangehörige das Reichsgebiet über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich aufgrund eines amtlichen Heimpassiers ohne Sichtvermerk betreten und verlassen. Für Kinder unter 15 Jahren genügt anstelle des Passiers ein amtlicher Ausweis mit Name, Alter, Staatsangehörigkeit, Wohnort oder bürgerlichem Namenstand. Der Ausweis muß bei Kindern über 15 Jahren mit einem Lichtbild versehen sein. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige stark gespannte Lage des Arbeitsmarktes der beiden Länder ist vorgeesehen, daß Angehörige eines Staates, die im Gebiet des anderen Staates eine Stellung anstreben wollen, mit einer vor der Einreise bei der zuständigen Auslandsvertretung des Ziellandes zu beschaffenden Bewilligung zum Stellungsantritt ausgestattet sein müssen. Die Vereinbarung über die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerzwanges im deutsch-schweizerischen Verkehr gilt auch im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Fürstentum Lichtenstein.

Die kaiserliche Tätigkeit des Reichsbahnpersonals. Am 1. Januar 1926 sind für den Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft einheitliche Vorschriften für die Feststellung der körperlichen Tauglichkeit des Reichsbahnpersonals in Kraft getreten. Personen, denen nach ihrem Aussehen oder nach den betriebräufigen Papieren die für den Eisenbahndienst erforderlichen Eigenschaften sichtlich fehlen, werden von den zu ihrer Annahme zuständigen Stellen ohne vorgängige bahnrätliche Untersuchung abgewiesen.

Erpreßgutarten. Die ursprünglich auf 31. Dezember 1925 festgesetzte Frist für den Verbrauch der alten Erpreßgutarten (roter Rand) ist bis 30. Juni 1926 verlängert worden. Die noch vorrätigen alten Erpreßgutarten können also noch bis zum letztgenannten Zeitpunkt verwendet werden.

Karlsruher Hausfrauenbund. Nach kurzer Weihnachtspause öffneten sich wieder die gastlichen Türen im „Schlößle“, um die beliebten Hausfrauen-Teemittage fortzusetzen. Dieses Mal war „Kasperltheater“ angesetzt. Fräulein Hildebrand aus Durlach führte ihr selbstgebautes Kasperltheater vor. Schnellig warteten die zahlreich herbeigekommenen, lieben Kerlein auf das Kasperle und mit hellem Jubel und Beifallsrufen wurden seine Taten und Tüde begleitet, war er doch der Held des Tages samt seinem getreuen Herrn dem „Dr. Filder“ und dessen Gehilfen. Ein echtes Durlacher Deutsch ergöhte nicht nur die Kerlein, sondern trug auch zur Erheiterung der Erwachsenen bei. Wir wünschen dem „Kasperltheater“ der Damen Hildebrand auch fernherhin guten Erfolg und weiteres Bekanntwerden im Kreis der lieben Jugend.

Ein Kaminbrand brach gestern abend 7 Uhr im Hause Kaiserstraße 84 aus. Die alarmierte Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

müß bei Kindern über 15 Jahren mit einem Lichtbild versehen sein. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige stark gespannte Lage des Arbeitsmarktes der beiden Länder ist vorgeesehen, daß Angehörige eines Staates, die im Gebiet des anderen Staates eine Stellung anstreben wollen, mit einer vor der Einreise bei der zuständigen Auslandsvertretung des Ziellandes zu beschaffenden Bewilligung zum Stellungsantritt ausgestattet sein müssen. Die Vereinbarung über die gegenseitige Aufhebung des Sichtvermerzwanges im deutsch-schweizerischen Verkehr gilt auch im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und dem Fürstentum Lichtenstein.

Die kaiserliche Tätigkeit des Reichsbahnpersonals. Am 1. Januar 1926 sind für den Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft einheitliche Vorschriften für die Feststellung der körperlichen Tauglichkeit des Reichsbahnpersonals in Kraft getreten. Personen, denen nach ihrem Aussehen oder nach den betriebräufigen Papieren die für den Eisenbahndienst erforderlichen Eigenschaften sichtlich fehlen, werden von den zu ihrer Annahme zuständigen Stellen ohne vorgängige bahnrätliche Untersuchung abgewiesen.

Erpreßgutarten. Die ursprünglich auf 31. Dezember 1925 festgesetzte Frist für den Verbrauch der alten Erpreßgutarten (roter Rand) ist bis 30. Juni 1926 verlängert worden. Die noch vorrätigen alten Erpreßgutarten können also noch bis zum letztgenannten Zeitpunkt verwendet werden.

Karlsruher Hausfrauenbund. Nach kurzer Weihnachtspause öffneten sich wieder die gastlichen Türen im „Schlößle“, um die beliebten Hausfrauen-Teemittage fortzusetzen. Dieses Mal war „Kasperltheater“ angesetzt. Fräulein Hildebrand aus Durlach führte ihr selbstgebautes Kasperltheater vor. Schnellig warteten die zahlreich herbeigekommenen, lieben Kerlein auf das Kasperle und mit hellem Jubel und Beifallsrufen wurden seine Taten und Tüde begleitet, war er doch der Held des Tages samt seinem getreuen Herrn dem „Dr. Filder“ und dessen Gehilfen. Ein echtes Durlacher Deutsch ergöhte nicht nur die Kerlein, sondern trug auch zur Erheiterung der Erwachsenen bei. Wir wünschen dem „Kasperltheater“ der Damen Hildebrand auch fernherhin guten Erfolg und weiteres Bekanntwerden im Kreis der lieben Jugend.

Ein Kaminbrand brach gestern abend 7 Uhr im Hause Kaiserstraße 84 aus. Die alarmierte Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

zur Erweiterung des Karlsruher Straßenbahnnetzes. Von Ruppertz wird uns geschrieben:

Aus der Begründung der Vorlage an den Bürgerausschuß wegen Erweiterung des Straßenbahnnetzes ist endlich zu entnehmen, welchen Standpunkt die Stadtverwaltung hinsichtlich der Verbesserung des Verkehrs zwischen Karlsruhe und Ruppertz einnimmt. Während man im allgemeinen sagen muß, daß die Stadtverwaltung sich bemüht für die Vororte Daxlanden, Grünwinkel und Betsheim, sowie für die nicht eingemeindete selbständige Gemeinde Bulach an die Verbesserung bzw. Neubehaffung von Verkehrsgelegenheiten heranzutreten, muß Ruppertz mit dem stärksten Verleher aller Vororte wieder zusehen, wie die Stadtverwaltung sich dieser Aufgabe gegenüber entledigt. Wenn nicht andere Gründe sprechen, so ist nicht einzusehen, daß man an die brennendste Verkehrsfrage Karlsruhe-Ruppertz nicht auch sofort herantritt. In der Begründung stellt man sich einfach auf den Standpunkt, daß die direkte, heiß ersehnte zweigleisige Straßenbahn (wie im Generalbebauungsplan vorgeesehen) allein schon wegen des Vorhandenseins der Lokalbahn (Altbahn) wenigstens für die nächsten Jahre schlechterdings unmöglich ist.

Also immer und immer wieder die Rücksichtnahme auf die Altbahn macht die Verbesserung des Verkehrs Karlsruhe-Ruppertz unmöglich. Man sucht dann zur Beruhigung zu erklären, es bleibe in dieser Frage nichts anderes übrig, „als Fahrplanverbesserungen auf der Lokalbahn selbst mit allen Mitteln zu erzwingen, deren Betrieb im übrigen aber durch die Einrichtung einer Autobus-Verbindung Ruppertz-Ettingertor zu ergänzen. Die technischen Vorbedingungen für diesen Autobusbetrieb würden einwandfrei gegeben sein, sobald die Ettingerallee und Kastatterstraße mit einem harten, staubreien Belag durchgeführt ist. Dieses Ziel wird vielleicht schon bis Ende 1926 erreicht sein.“

Ein ganzes Jahr soll Ruppertz von vorneherein warten. Das ist nun doch angehts der Verbesserung gegenüber den übrigen Vororten eine harte Zumutung. Sie ist aber erklärlich, wenn seitens der Stadtverwaltung in der Begründung ihrer Bürgerausschußvorlage folgender Ansicht Raum gegeben wird: „Recht mangelhaft und auf alle Fälle viel schlechter als diejenige des Vorortes Ruppertz ist augenblicklich noch die Verbindung von Daxlanden mit dem Stadtkern. Die Wagenfolge ist auch noch bei dem jetzt eingeführten 20 Minutenverkehr insbesondere deshalb unzureichend, weil der Fahrplan dauernd durch die häufigen oft sehr ausgedehnten Aufenthalt im Uebergang über den Weisbahnhof gestört wird.“

Hier liegt eine sehr große Wertentwertung des wahren Sachverhaltes. Wir Ruppertz haben noch nicht einmal einen regelmäßigen 30 Minutenverkehr, sind also schon nach dieser Richtung viel schlechter daran als Daxlanden (dem wir übrigens keine Verbesserung keineswegs mihgönnen) und bei uns sind die Fahrten nicht „häufig“, sondern ständig gestört, weil die Umfänger in durchgehenden Linien der Straßenbahn von der zufälligen Ankunft solcher Straßenbahnwagen abhängig ist, (von den an der Tagesordnung befindlichen Störungen der Altbahn gar nicht zu reden) und wir zudem noch Ausgleichsaufenthalte der Straßenbahnwagen am Hauptbahnhof in beiden Richtungen ständig zumachen haben. Mit der beabsichtigten Umfahrung des Hauptbahnhofes macht der bei jeder regelmäßigen Fahrt mindestens 15—20 Minuten aus. Wenn man die Verhältnisse nach der wahren Lage der Sache beurteilt, sind die Ruppertz am schlechtesten von allen Vororten daran. Wir sehen auch hier wieder nur zu deutlich, daß man die Nachteile für Ruppertz völlig unterschätzt. Deshalb müssen wir auch bei diesem Anlaß wieder verlangen:

Ruppertz muß die Straßenbahn sobald als möglich bekommen, alles andere ist Notbehelf.

Bei der in der Bürgerausschußvorlage vorgeschlagenen Lösung muß sich Ruppertz als ältester Vorort mit einem auf ein Jahr hinausgestelltem Notbehelf begnügen, während die selbständige Gemeinde Bulach, an deren baldige Eingemeindung von der Stadt Karlsruhe haben muß, noch vor ihrer Eingemeindung von der Stadt Karlsruhe eine Verkehrsgelegenheit erhält. Es ist dies direkt zum Schaden der Stadt Karlsruhe, da es doch eine unlegare Aufgabe ist, daß überall viele Vororte leichter zur Zustimmung der Eingemeindung zu gewinnen waren, wenn man ihnen für den Fall der Eingemeindung Verkehrsgelegenheiten oder Verbesserungen in Aussicht stellen konnte. Hier ist es mit Bulach umgekehrt, es wird deshalb die schon früher erfolgte Ablehnung der Eingemeindung nach Erhalt der Bahn erst recht aufrecht erhalten und seine Forderungen noch mehr steigern. Wie erklärt sich das?

Wenn nun endlich Ruppertz entgegen der ihm gegenüber auf Grund des Eingemeindungsvertrags bestehenden Verpflichtungen der Stadt noch weiterhin Vorort 2. Klasse bleiben soll, und erst mit einem Notbehelf vorlieb nehmen muß, dann darf aber unter keinen Umständen noch bis Schluß des Jahres zugewartet werden. In 6 Wochen könnte die noch ausstehende Pflasterung der 600 bis 700 m langen Straßenbreite ausgeführt werden und der Arbeitslosigkeit in gleicher Weise gesteuert werden, wie in allen anderen Fällen.

Aus den Nachbarländern.

Ludwigshafen, 11. Jan. Eine furchtbare Bluttat hat sich heute in der Mittagsstunde in der hiesigen Stadt abgespielt. Bei dem in der Prinzregentenstraße wohnhaften Juwelier Carl Sidlin sprach ein früherer bei ihm beschäftigter Uhrmachergehilfe um Arbeit vor. Dieser wurde jedoch von dem Juwelier auf acht Tage vertrieben. Plötzlich zog der Gehilfe ohne jeden Anlaß einen Revolver und schoß Sidlin auf der Stelle nieder. Durch zwei weitere Schüsse wurde ein Ladenfräulein und ein Uhrmachergehilfe verletzt. Darauf schoß sich der Täter selbst eine Kugel in die Schläfe. Verschiedene Papiere, die man bei dem Möder vorfand, lassen darauf schließen, daß er gesteuert war.

